



## Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 3. September 2007

Blatt 169

---

### 8. Sitzung

<u>Ort:</u>	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ	
<u>Beginn:</u>	19.00 Uhr	
<u>Vorsitz:</u>	Valeria Rampone	Ratspräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Toni Spitale	Ratssekretär
<u>Anwesend:</u>	36 Ratsmitglieder	
<u>Entschuldigt abwesend:</u>	Peter Bless Hans Baumann Jürg Gasser Andreas Sturzenegger Rolf Güttinger	DP SP SP Stadtrat
<u>Stimmzähler:</u>	Jürg Zimmermann Patric Crivelli Patrick Angele	Bereich rechts, FDP und Bürotisch SVP Bereich links
<u>Weibeldienst:</u>	Leopoldo Putorti	Stadtweibel

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 7. Sitzung vom 2. Juli 2007
3. Grundstück Bahnhof Nord (Standort mit Zugkraft) / Genehmigung Verkauf und Objektkredit (Geschäft Nr. 82 / 2007)
4. Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und 8 Mitunterzeichnende betreffend Kinderbetreuung und Tagesstrukturen / Beantwortung (Geschäft Nr. 34 / 2007)
5. Postulat Jürg Gasser (SP / JUSO) betreffend Kinderkrippen / Beantwortung (Geschäft Nr. 47 / 2007)
6. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Lichtemissionen / Begründung / Überweisung (Geschäft Nr. 86 / 2007)
7. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und Stefanie Huber (GEU) betreffend Öv-Abo gegen Führerschein / Begründung / Überweisung
8. Postulat Thomas Maier (GEU) und 1 Mitunterzeichnerin betreffend „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“ / Begründung / Überweisung (Geschäft Nr. 90 / 2007)
9. Fragestunde

-----

**1. Mitteilungen**

- Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste Sitzung findet am Montag, 1. Oktober statt. Die Einladung dazu wird in der Kalenderwoche 38 verschickt.

- Sitzungskalender 2008 / 09

Die Oktober-Sitzung des Gemeinderates im Jahr 2008 findet neu am 6.10. anstatt am 29.9. statt. Der korrigierte Sitzungskalender wird durch den Sekretär verschickt.

- GRPK

Im Anschluss an die heutige Ratssitzung findet noch eine kurze, ausserordentliche GRPK-Sitzung statt.

- Ratsausflug

Valeria Rampone dankt den Ratsmitgliedern für die Teilnahme am Ratsausflug. Eine Kopie des Artikels aus dem Anzeiger von Uster kann beim Ratssekretär bezogen werden.

## **2. Protokoll der 7. Sitzung vom 2. Juli 2007**

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 2. Juli 2007 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## **3. Verkauf Grundstück Areal Bahnhof Nord**

KRL-Präsident Thomas Maier (GEU) erläutert die Vorlage:

„Mit dieser Vorlage wird im Gemeinderat und der Stadt Dübendorf nach der Genehmigung des Gestaltungsplanes einmal mehr das Areal nördlich des Bahnhofs zum Thema. Und wie ich meine: zu einem sehr spannenden Thema, gerade im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung am und um den Bahnhof Dübendorf. Ich möchte meine Ausführungen zur Beschlussfassung der KRL in folgende Abschnitte gliedern:

- Ausgangslage
- Vorliegender Kaufvertrag
- Projektansichten
- Erwägungen und Fragen der KRL
- Fazit und Antrag der KRL

### Ausgangslage

Die Stadt Dübendorf besitzt seit vielen Jahren auf der Nordseite des Bahnhofs Dübendorf ein Areal bestehend aus zwei Grundstücken, welche zusammen 5726m<sup>2</sup> ausmachen. Im Finanzvermögen sind diese mit einem Betrag von knapp 2,8 Mio bilanziert. Der Kauf dieser Grundstücke begann im Jahre 1959 und erfolgte über verschiedene Schritte, welche ich hier nicht in allen Details ausführe. Direkt anliegend liegt ein Grundstück von 973m<sup>2</sup>, welches privat ist. Seit einigen Jahren strebt die Stadt Dübendorf – entsprechend ihrer und von uns immer wieder unterstützten Liegenschaftenstrategie – den Verkauf ihres Areal beim Bahnhof Nord an. Selber überbauen war und ist zu Recht nie ein Thema. Da ein Verkauf, respektive eine nachvollgende Überbauung nur als Gesamtpaket Sinn macht, erstellte die Stadt

2004 zusammen mit dem privaten Eigentümer einen Gestaltungsplan über das gesamte Areal, welcher der Gemeinderat am 1. November 2004 genehmigt hat. Mit Verfügung vom 10. November 2005 wurde dieser Gestaltungsplan rechtskräftig und die Grundeigentümer konnten sich auf die Suche nach potentiellen Investoren machen. Zur Erinnerung: Das Areal Bahnhof Nord liegt sehr zentral, besitzt allerdings mit der Bahnlinie, der länglichen Form, den Anforderungen an die öffentliche Begehbarkeit (Unterführung) und der Trassesicherung für die zukünftige Ringbahn auch klare Rahmenbedingungen. Die diversen Öffentlichen Interessen müssen also bei einem Verkauf eingehalten und im Sinne der Stadtentwicklung erfüllt sein.

#### Vorliegender Kaufvertrag

Da sich bereits während dem Gestaltungsplanverfahren zeigte, dass nur eine gesamthafte Veräusserung des Areals Sinn macht, wurde dies nun beim Verkauf auch so umgesetzt. Anfang 2006 beauftragte die Stadt zusammen mit dem privaten Eigentümer die immoclass AG mit der Vermarktung des Gesamtareals. Dieses wurde öffentlich ausgeschrieben und aus mehreren Angebotsrunden ergab sich die attraktivste Offerte aus einem Konsortium einer einfachen Gesellschaft, bestehend aus 6 Einzelpersonen und Höhn & Partner AG. Der Brutto-Kaufpreisanteil der Stadt an diesem Gesamtkaufpreis liegt bei gut 7,15 Mio. Franken. Dabei sind die Kaufverträge so gekoppelt, dass nur ein gemeinsamer Verkauf möglich ist. Ausserdem enthält der Kaufvertrag sämtliche städtischen Auflagen - unter anderem 40 Parkplätze für die Öffentlichkeit, Abbruch / Neubau der öffentlichen Unterführung mit direktem Aufgang, Bewirtschaftung Ladenlokal im Untergeschoss, Neugestaltung eines öffentlichen Platzes, diverse Fuss- und Wegrechte - welche die Stadt mit einem Pauschalbetrag von Franken 500'000.-- abgilt. Ebenfalls gleichzeitig vollzogen und „verrechnet“ wird eine Landabtretung der Stadt an Hr. Grütter aus dem Jahre 1959. Auf die Details des gültigen Gestaltungsplanes möchte ich nicht noch einmal eingehen. Nur soviel: die Parkplätze, Minergie und öffentlichen Fuss- und Veloverbindungen sind dort gesichert. Zum Ausschreibungsverfahren: Gegenüber der Interessenschaft wurde von Anfang an folgendes Vorgehen offengelegt: Bis 31. Januar 2007 muss eine Kaufofferte für das Land und die Offerte für die Abgeltung der öffentlichen Bedürfnisse schriftlich bei der immoclass eintreffen (zirka 60 Dokumentationen wurden versandt). Anschliessend wird einer Anzahl (5) das Ergebnis der ersten Runde offengelegt. In einer zweiten Runde erhalten sie schliesslich die Möglichkeit ihr Angebot anzupassen. Mit den drei Bestplatzierten folgen dann direkte Verhandlungen. Die entscheidenden Kriterien (Offerte, Bonität, Abgeltung öffentliche Bedürfnisse, Nutzungsmix, etc.) wurden allen aufgeführt. Eine Kurzdokumentation zum Verkauf lag allen vor. In der ersten Runde kamen so sieben konkrete Kaufofferten zustande zwischen 5,7 und 8,2 Mio. In der Folge wurden fünf zu einer Teilnahme an Runde zwei eingeladen, worauf fristgerecht drei Angebote eingingen. Mit Zweien wurden dann konkrete Verhandlungen geführt. Das bessere der beiden Angebote reichte abschliessend die oben erwähnte Käuferschaft ein, mit der in Folge ein Kaufvertrag vorbereitet und unterzeichnet wurde - natürlich vorbehältlich der Genehmigung durch den Gemeinderat. Ich repetiere hier nicht alle Zahlen aus der Weisung. Nur soviel: Entscheidend ist der Netto-Kaufpreis, inklusive Abgeltung der öffentlichen Bedürfnisse und die Qualität der Offerte in Bezug auf diese Bedürfnisse sowie den Nutzungsmix. Hier hat der Obsiegende klar besser abgeschnitten. Die in der Weisung unterschiedenen Erlöse der beiden Verkäufer pro m<sup>2</sup> resultieren aus der internen Abgeltung zwischen Stadt und dem Privaten. Weitere Punkte aus dem Kaufvertrag: ich verzichte hier auf eine detaillierte Auflistung des vorliegenden Kaufvertra-

ges. Sämtliche Informationen sind der ausführlichen Weisung / Unterlagen des Stadtrates zu entnehmen. Zudem hat die KRL die Details geprüft und mit Fragen - dazu komme ich später - nachgehakt.

### Projektansichten

Die Käuferschaft hat – freiwillig und auf eigene Kosten – bereits erste Projektansichten erstellt, wie es am Bahnhof Nord gemäss ihren Projektwünschen in Zukunft einmal aussehen könnte. Gerne zeige ich Ihnen zur besseren Vorstellung einzelne Folien, welche uns verdankenswerterweise von der Stadt zur Verfügung gestellt wurden. Bitte beachten sie: wir beschliessen einen Kaufvertrag und nicht ein konkretes Projekt.

### Erwägungen und Fragen der KRL

Zum konkreten Kaufvertrag hat die KRL diverse Fragen gestellt, welche vom Liegenschaftenvorstand Martin Bäumle und Herrn Ghilardi zur vollen Zufriedenheit beantwortet wurden. Gerne greife ich einzelne Punkte noch kurz heraus, die mir erwähnenswert scheinen. *Altlasten*: Wie sie vielleicht mitbekommen haben, wurden auf der momentan aktuellen Baustelle nördlich des zum Verkauf stehenden Areals Altlasten gefunden, welche im Moment saniert werden. Es stellte sich der KRL daher die konkrete Frage, wie dieser Punkt im Kaufvertrag geregelt ist und ob das Grundstück überhaupt belastet ist. Eventuell auftretende Altlasten gehen bis zu einem Betrag von Franken 70'000.-- pro Verkäufer zu Lasten der Käuferschaft. Alle Beträge darüber müssen von der Verkäuferschaft und zwar bezüglich des Parametes entsprechend ihres Landanteils getragen werden - inklusive Berücksichtigung des Landübertrages der Stadt an den Privaten. Eine erste Untersuchung auf dem Areal ergab, dass das Areal belastet ist, allerdings - ohne abschliessende Beurteilung durch das AWEL - nicht auf dem Grundstück der Stadt Dübendorf. Im Moment laufen weitere Abklärungen unter anderem beim AWEL. *Fuss- und Veloverbindung*: Hier hatte die KRL - aufgrund zum Teil fehlender Verbindlichkeiten - Bedenken, dass vor allem die Veloverbindung verloren gehen könnte. Die heutige Veloverbindung wurde ursprünglich „nur“ als Fussverbindung eingetragen und vor vielen Jahren mit grossem Erfolg auch für Velofahrer geöffnet. Die Stadt wird bei der definitiven Formulierung der Dienstbarkeiten im Anschluss an den Verkauf den Veloweg grundbuchrechtlich definitiv verbindlich aufnehmen. *Unterhalt der Unterführung*: Die Stadt muss den betrieblichen und baulichen Unterhalt sicher stellen. Was versteht man genau darunter? Gemeint sind: Oberflächen-Unterhalt wie Beleuchtung, Wandverkleidung etc. Die eigentliche Baustruktur (Träger) muss vom Privaten unterhalten werden. *Ladenlokal*: Aufgrund der Festlegungen im Gestaltungsplan hat die Stadt den Käufer verpflichtet ein Ladenlokal im Untergeschoss zu führen. Die Stadt bedingt sich dabei aus, bei nicht möglichem Betrieb das Lokal selber zu übernehmen. Dies ist aber gemäss Auskunft nicht die Absicht und eine reine Sicherheitsklausel. Es ist keine versteckte Subventionierung damit verbunden. Die KRL ist der Meinung, dass die Stadt diese Klausel auch nicht geltend machen soll. *Einnahmen der 40 Parkplätze*: Diese gingen neu in die Kasse des Eigentümers (Käufer). *Fristen / Rückkauf*: diverse Fristen ,falls nicht gebaut würde: Rückfallklausel.

### Fazit / Antrag der KRL

Ich kann es kurz machen: Die KRL ist der Meinung, dass dieser Verkauf seriös vorbereitet und durchgeführt wurde. Die Ziele der Stadt: Stadtentwicklung, öffentlich Bedürfnisse, Liegenschaftenstrategie - wir brauchen das Land nicht für eigene Zwecke - sind sehr gut erreicht worden. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die offene Beantwortung unserer Fragen und die gute Zusammenarbeit. Die KRL stellt Ihnen einstimmig den Antrag den Verkauf „Standort mit Zugkraft“ zu bewilligen und damit beim Bahnhof Nord eine zukunftsorientierte Entwicklung zu ermöglichen.“

### Diskussion

Liegenschaftenvorstand Martin Bäumle hebt folgende Punkte hervor:

- Verkauf ist für alle Beteiligten ein gutes Geschäft.
- Für Grundeigentümer und Stadt eine „win-win-Situation“.
- Grundstein für den Verkauf ist vor mehreren Jahren mit der Liegenschaftenstrategie festgelegt worden.
- Guter Zeitpunkt für Verkauf, da Entwicklung im Quartier nördlich des Bahnhofes in Richtung Flugplatz anzieht. Bahnhof als erster Meilenstein für die Quartieraufwertung.
- Standort mit Glattalbahn wird zum Tor zum Flugplatz Dübendorf.
- Altlasten von grösserem Ausmass vorhanden. Grundstück der Stadt nicht davon betroffen, jenes von Hr. Grütter aber schon.
- Stadtrat hat nicht die Absicht, ein Ladenlokal zu betreiben.

Abschliessend zu seinen Ausführungen dankt Martin Bäumle der KRL für die geleistete Vorarbeit.

Keine weiteren Wortmeldungen.

### Abstimmung:

Mit 34 Ja zu 0 Nein wird das Geschäft 82 / 2007 genehmigt.

## **4. Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und 8 Mitunterzeichnende betreffend Kinderbetreuung und Tagesstrukturen / Beantwortung**

Toni Lanzendörfer (SP) nimmt in Vertretung von Hans Baumann (SP / JUSO) zur Antwort des Stadtrates Stellung:

Mit der Antwort des Stadtrates ist die SP zufrieden. Mit Spannung werden nun die Resultate der Umfrage erwartet.

Das Geschäft Nr. 34 / 2007 ist somit abschliessend behandelt.

**5. Postulat Jürg Gasser (SP / JUSO) betreffend Kinderkrippen / Beantwortung**

Toni Lanzendörfer (SP) nimmt in Vertretung von Jürg Gasser (SP) zur Antwort des Stadtrates Stellung:

Auch die SP teilt die Meinung des Stadtrates, dass das Postulat aufrecht erhalten bleiben soll.

Diskussion:

Bildungsvorsteherin Edith Jöhr verlangt das Wort:

Jöhr nimmt in ihren Ausführungen auch zur Interpellation von Hans Baumann Stellung: Als Grundlage hätten den beiden Gemeinderäten ein „schlecht erhobener“ Betreuungsindex des Kantons gedient. Inzwischen gebe es einen neuen Index, welcher die Stadt Dübendorf „besser dastehen“ lasse. Die angekündigte Umfrage ist gemäss Jöhr gemacht worden. Sie sei ebenfalls auf die Resultate gespannt. Aufgrund der neuen Zahlen werde dann ein entsprechendes Konzept erarbeitet.

Abstimmung:

Mit 18 Ja zu 14 Nein wird der Aufrechterhaltung zugestimmt.  
Das Postulat muss somit im Geschäftsbericht als Pendeuz aufgeführt werden.

**6. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Lichtemissionen / Begründung / Überweisung**

Die Erstunterzeichnerin Stefanie Huber (GEU) begründet den Vorstoss mittels einer Power-Point-Präsentation:

„Da das Thema Lichtemissionen, oder auch Lichtverschmutzung, noch keine allgemein bekannte Thematik ist, lassen Sie mich kurz ausholen: In der Mitte des letzten Jahrhunderts bekamen die Astronomen in Nordamerika Mühe, ihre Beobachtungen durchzuführen, weil der „sky glow“ über den Städten drastische Ausmasse anzunehmen begann. Verschiedene gesetzliche Regulierungen wurden damals erlassen, um den Observatorien ins Dunkel zurück zu verhelfen. 1988 wurde eine internationale Organisation gegründet, die sich die Bewahrung des nächtlichen Himmels auf die Flagge schrieb. Der Schweizer Ableger stammt aus dem Jahre 1996. 2001 veröffentlichte Pierino Cinzano den ersten Weltatlas der künstlichen Nachterhellung. Die Welt erschrak – Europa, Nordamerika und weitere Kontinente: Sie kennen die Dunkelheit nicht mehr. 2003 findet eine internationale Konferenz statt, welche zusammentragen will, was zu den Auswirkungen von Lichtemissionen auf Flora, Fauna und Ökosysteme bekannt ist. Fazit: Man kennt einige Ansatzpunkte, doch die Forschung steht am Anfang. Was wir mit unserer Beleuchtungsflut in den Ökosystemen bewirken, weiss heute noch niemand. Sie alle kennen die Situation, wenn Sie in einer Sommernacht ins Zimmer treten, das Licht anmachen und das Fenster war offen: Innert Sekunden sind die ersten Insekten im Zimmer. Genau das gleiche pas-

siert bei jeder Lampe, jede Nacht, bei 2600 Leuchten der öffentlichen Beleuchtung in Dübendorf. Einmal auf das Thema aufmerksam gemacht, haben die meisten Leute, mit denen ich über das Thema gesprochen habe, eigene Erfahrungen zu erzählen gewusst. Letztes Jahr ist auch der Bund aktiv geworden und hat Richtlinien herausgegeben. Doch was genau versteht man eigentlich unter Lichtverschmutzung? René Kobler hat das folgendermassen definiert:

- Licht, das in eine Richtung geht, wo es keinen eigentlichen Beleuchtungszweck erfüllt.
- Dieses Licht ist unnötig produzierter Abfall.
- Licht, das an Intensität zu stark ist (zum Beispiel Mehrfachbelichtungen).
- Licht, das in Zeiträumen aktiviert ist, das nicht im Verhältnis zum Nutzen steht (zum Beispiel Reklamen).
- Licht, das ökologisch lästige und schädliche Auswirkungen hat.
- Licht, das aus ökologischer Sicht nicht tragbar ist, betreffend Verhältnis ökologischer Schaden pro nicht evidente Wertschöpfung.

Ich möchte den Stadtrat deshalb um Antworten auf die folgenden Fragen bitten:

1. Ist das Thema Lichtemissionen im Stadtrat bereits einmal thematisiert worden?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, bei Neubauten und Sanierungen auf das Thema und sinnvolle Beleuchtungen aufmerksam zu machen?
3. In Dübendorf ist die Glattwerk AG für die öffentliche Beleuchtung zuständig. Ist der Stadtrat mit der Glattwerk AG in Kontakt, die öffentliche Beleuchtung möglichst umweltfreundlich und energiesparend umzusetzen? Gibt es eventuell Vereinbarungen in Bezug auf diese Themen?
4. Sind in Dübendorf derzeit Skybeamer („Himmelstrahler“) installiert? Besteht für diese eine Bewilligungspflicht?
5. Wenn ja, ist der Einsatz zu gewissen Zeiten bereits eingeschränkt oder liesse sich mit den Betreibern über die Einsatzzeiten diskutieren?
6. Wäre der Stadtrat bereit, ein Verbot oder zumindest eine Bewilligungspflicht von neuen Skybeamern in Dübendorf anzustreben, sofern diese noch nicht bestehen?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates.“

**7. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und Stefanie Huber (GEU) betreffend Öv-Abo gegen Führerschein / Begründung / Überweisung**

Der Erstunterzeichner Patrick Angele (JUSO / SP) begründet den Vorstoss:

Es gebe zuviel Ozon in der Luft, wobei die Industrie, das Gewerbe und der Strassenverkehr die Hauptverursacher seien. Bei seiner Interpellation handle es sich um eine „kopierte Idee“ aus dem Kanton Luzern. In zehn Gemeinden können die Einwohner den Führerschein bei der Gemeindeverwaltung deponieren und erhalten im Gegenzug ein Abonnement für den öffentlichen Verkehr. Diese Massnahme, so



Angele, wäre auch in Dübendorf ein kleiner Schritt in Richtung Verringerung der Ozonwerte.

Die Interpellation beinhaltet folgende drei Fragen:

1. Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, in Dübendorf auf den Sommer 2008 eine ähnliche Aktion – als Versuch – durchzuführen?
2. Wäre der Stadtrat bereit, finanzielle Ressourcen dafür bereit zu stellen?
3. Wäre der Stadtrat bereit, Sponsoren für diese Aktion zu suchen?

*(19.45 Uhr: Valeria Rampone begrüsst Stadtrat Hans Zeier)*

**8. Postulat Thomas Maier (GEU) und 1 Mitunterzeichnerin betreffend „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“ / Begründung / Überweisung**

Der Erstunterzeichner Thomas Maier (GEU) begründet den Vorstoss:

„Ich hoffe, Sie alle haben die Sommerpause und den Sommer genossen und sich gut erholen können. So wollte ich in der Vorbereitung letzte Woche mein Votum beginnen. Ehrlich gemeint - was immer noch der Fall ist - und ohne grosse Hintergedanken. Mitten im Text wurde mir dann plötzlich bewusst, dass wir mit diesen „guten Wünschen“ bereits mitten in der politischen Debatte und damit im Thema dieses Postulats stecken – auch wenn das auf den ersten Blick nicht so scheint. Trotzdem habe ich die Worte gern so belassen und fahre mit dem Thema Sommer weiter. Die Wetterstatistiken der letzten drei Monate bestätigen uns nämlich eindrücklich, was - für ständig Daheimgebliebene wie mich - deutlich spürbar war: der Sommer 2007 war viel zu nass und brachte – ich bin fast geneigt zu sagen „schon wieder“ – extreme Wetterereignisse. Im Hitzejahr 2003 gab es zum Beispiel viel zu viele Hitzetage, im 2005 extreme Überschwemmungen und im 2007 konnte man wiederum praktisch nie bei wirklich angenehm heissen Temperaturen Rennvelo fahren, sondern praktisch ständig nur bei intensivem Niederschlag. Letzte Woche wurden viele Gebiete zum Teil zum dritten Mal in unmittelbarer Folge massiv überschwemmt. Diverse nationale und internationale Studien (OCC) zeigen uns auf: Die Ursache liegt in der weltweiten Klimaerwärmung und diese ist praktisch zu 100% menschengemacht. In Wahlkampfzeiten wie im Moment, wird dies praktisch von keiner Partei mehr bestritten und alle sind sie voll von Ideen, wie wir den grossen Problemen begegnen können.

Mit dem vorliegenden Postulat schlagen wir von der GEU eine konkrete Massnahme vor – im Rahmen eines Vorstosses der extra offen formuliert ist und dem Stadtrat viel Platz für Gestaltungsspielraum lässt. Unserer Meinung nach ist dieser Vorschlag einfach, schnell und sinnvoll umsetzbar. Im Bereich von möglichen Massnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub> – Austosses für den Klimaschutz gibt es nämlich ein Gebiet mit enormem Sparpotential, respektive, genauer bezeichnet, enormem Potential zur Effizienzsteigerung: der Gebäudebereich und hier im Speziellen der zum Teil enorme Energieverbrauch bei so genannten Altbauten. Oft lassen sich mit einfachen Massnahmen ohne irgendeine Einbusse von Lebensqualität (zum Bei-

spiel Wohntemperaturen) massive Einsparungen beim Energieverbrauch erzielen. Stichwort ist hier natürlich das so genannte Minergie-Label, welches erst kürzlich Thema in diesem Rat war. Im Bereich von Minergie-Bauten besteht Handlungsbedarf seitens der Gemeinde und des Staates. Wir wollen aber sinnvolle Minergie-Bauten nicht mit neuen Vorschriften, Geboten oder Verboten erreichen. Viel sinnvoller wäre hier ein Ansatz, bei welchem die Gemeinde Anreize für die Realisierung von Minergie-Bauten schafft. Sehr viele Beispiele aus der Praxis der vergangenen Jahre zeigen, dass der Minergie-, teilweise auch der Minergie-P-Standard sowohl technisch einfach wie auch wirtschaftlich sinnvoll realisierbar ist. Zudem ist der Standard breit abgestützt und anerkannt. Die Gemeinde sollte sich daher nicht um neue Standards bemühen oder bestehende Standards „verbessern“, sondern diese übernehmen, wie sie sind. Da heute technisch dem Minergie-Standard nichts mehr im Wege steht, geht es vor allem noch um wirtschaftliche Anreize. Ein wirtschaftlicher, langfristiger Gewinn liegt klar in reduzierten Energiekosten für den erstellten Bau. Da dies aber erst langfristig spürbar wird, fehlt oft ein unmittelbarer, wirtschaftlicher Anreiz. Dem könnte abgeholfen werden, indem ein Bauherr, der nach Minergie oder Minergie-P baut, auf seinem Grundstück einen Ausnutzungsbonus erhält. Dieses Instrument wird auch in der Publikation „Grundlagen für eine Strategie Gebäudepark Schweiz“ vorgeschlagen, welche EnergieSchweiz am 22. November 2005 publizierte. Dem Instrument wird dort eine hohe Effizienz zugeschrieben. Bei Neubauten gelten schon von Gesetzes wegen strenge energetische Vorschriften, welche wohl demnächst noch verschärft werden. Der Zusatznutzen von Minergie ist deshalb bei Neubauten eher kleiner als bei Sanierungen und das Potential auch dort höher. Zwar bestehen bei letzteren auch energetische Vorschriften. Diese entfalten aber keine Wirkung, wenn Bauteile vom Umbau nicht betroffen sind, beziehungsweise wenn eine reine Pinselrenovation gemacht wird. Daher wird bei Sanierungen der wärmetechnische Teil oft nicht oder nur unvollständig durchgeführt. Ein Ausnutzungsbonus könnte da manchen Bauherrn motivieren, überhaupt wärmetechnisch zu sanieren; so dass eine deutlich grössere Wirkung im Vergleich zu Neubauten erzielt werden kann. Bei der Ausgestaltung von Ausnutzungsboni müsste dieser Aspekt unbedingt berücksichtigt werden. Die Postulanten bitten den Stadtrat, die Realisierung und Möglichkeiten des vorgeschlagenen Instruments zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht und Antrag zu stellen. Einmal mehr könnte die Stadt Dübendorf ihrem Label Energiestadt alle Ehre erweisen und im Juni in diesem Rat eingebrachte Anregungen umgesetzt werden.“

### Diskussion

Stadtpräsident Lothar Ziörjen nimmt namens des Stadtrates Stellung:

„Anfänglich habe ich gedacht, dass es sich hierbei um eine simple Sache handelt, doch beim näheren Hinsehen erweist sich die ganze Angelegenheit als doch nicht so einfach. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Nichtüberweisung des Postulates.“

### *Rechtsgrundlage:*

Aufgrund einer Anfrage bei der Baudirektion Kanton Zürich ging folgende Stellungnahme ein: *Für einen Minergie- oder Klimabonus fehlt die gesetzliche Grundlage. Eine derartige Bestimmung wäre deshalb nicht genehmigungsfähig. In § 49a Abs. 3*

*PBG werden die Möglichkeiten zur Erhöhung der Nutzungsziffern abschliessend aufgezählt.*

*Minergie-Label als rechtsverbindliche Vorgabe:*

Da es sich beim Minergie-Verein um einen privatrechtlichen Verein handelt, ist die rechtliche Verbindlichkeit in der Bauordnung fragwürdig und problematisch. Der Verein kann jederzeit und ohne politische Mitwirkung seine Grenzwerte frei anpassen. Deshalb ist einer rechtsverbindliche Verknüpfung zwischen Bauordnung und Verein kritisch zu begegnen.

*Anwendung Wärmedämmvorschriften:*

Bei Sanierungsarbeiten von bestehenden Gebäuden, wie zum Beispiel Verputzenerneuerungen, Fensterersatz oder Dachsanierungen, muss immer nach den gültigen Wärmedämmvorschriften des Kanton Zürich saniert werden - auch diese werden immer wieder angepasst beziehungsweise verschärft. Konsequenz daraus: Bei späteren Sanierungen (nach 25-30 Jahren) muss der Eigentümer, der den „Bonus“ bezogen hat, wieder nach dem dannzumal gültigen Minergie-Standard sanieren. Daraus ergeben sich wiederholt Mehrkosten. Bei heute 20 cm Aussenwanddämmung könnte dies dann durchaus 30 cm Dämmdicke sein. Schon heute muss für den Minergie-P-Standard mit 30 cm gedämmt werden. Auch die technischen Einrichtungen sind von diesen Sanierungskosten betroffen, da sonst der Minergie-Standard nicht erfüllt wird.

*Verdichtung:*

Siedlungsdichten sind raumplanerische Entscheide die unter anderem auch mit der Einordnung zusammenhängen. Grenzabstände, Gebäudehöhen etc. schützen damit auch die Nachbarschaft. Mit der Anwendung eines Minergie-Ausnützungsbonus wird dieser Grundsatz durchstossen.

*Minergie im Prozess:*

Da die Anforderungen an das Minergie-Label alle ein bis zwei Jahre verschärft werden, überdauert diese Frist nicht einmal die drei Jahre gültige Baubewilligung. Dies gibt im Vollzug ein Problem und ist ungerecht.

*Bonus nicht immer umsetzbar:*

Die meisten Flächenerweiterungen bei Umbauten sind aus nachbarrechtlichen Gründen - Einhalten von Grenzabständen - gar nicht möglich. Ob zudem bei einer möglichen Mehrausnutzung von zirka 10 bis 15 Prozent, was zwingend nötig wäre um bei einem Einfamilienhaus mindestens ein Zimmer zusätzlich erstellen zu können, der wirtschaftliche Anreiz genügt, bezweifle ich. Denn dieses zusätzliche Zimmer ist ja dann nur möglich, wenn das gesamte Haus auf den Minergie-Standard saniert wird. Dabei ist auch noch zu erwähnen, dass ein solcher Anbau ohnehin nach den gültigen Wärmedämmvorschriften ausgeführt werden muss.

*SIA 380/1, Ausgabe 2007:*

Mit Inkraftsetzung der neuen SIA-Norm 380/1, Ausgabe 2007 diesen Sommer, werden die vorher gültigen Wärmedämmforderungen um zirka 16 Prozent erhöht. Üblicherweise übernimmt der Kanton diese Grenzwerte auch in seine Wärmedämmvorschriften so dass die SIA-Grenzwerte für alle verbindlich erklärt werden. Da das Minergie-Label immer eine gleichbleibende Differenz zu der SIA-Norm beibehalten wird, werden folgerichtig auch beim Minergie-Label die entsprechenden Anpassungen beziehungsweise Verschärfungen vorgenommen.

*Klimarappen für Sanierungen:*

Schon heute ist ein Anreiz für wärmetechnische Sanierungen von bestehenden Gebäuden über den Klimarappen vorhanden. So werden zum Beispiel bei einer Wanddämmung von 16 cm Dicke ein Betrag von Franken 20.-- / m<sup>2</sup> als Grundförderung ausgerichtet. Bei einer Wanddämmung von 20 cm Dicke wird ein finanzieller Beitrag von Franken 23.-- / m<sup>2</sup> bezahlt.

Daniel Brühwiler (GEU) verlangt das Wort:

Daniel Brühwiler zweifelt an der Tatsache, dass die Genehmigungsfähigkeit durch den Kanton nicht gegeben sei. Immerhin habe die Stadt Wädenswil im Januar dieses Jahres einen ähnlichen Ausnutzungsbonus festgelegt. Falls der Stadtrat zum Schluss komme, dass der Minergie-Standard problematisch sei, könne er doch einfach die Bauvorschriften verschärfen. Beim vorliegenden Vorschlag handle es sich keinesfalls um einen „Zwang“, sondern um ein Anreizsystem. Die Argumente des Stadtrates sprächen nicht dagegen, das Postulat nicht zu überweisen.

Andrea Kennel (SP) verlangt das Wort:

Die Rednerin freut sich über die „spannende Diskussion mit Fachleuten“. Das Postulat sollte von der SP eigentlich unterstützt werden. „Wo aber, fragt Kennel, hat die SP mit dem Vorstoss ein Problem?“. Der Vorschlag komme der SP zu liberal und zu bürgerlich daher. Man könne nicht nur Anreize schaffen, sondern müsse gleichzeitig auch Vorschriften aufstellen. Das Ziel des Postulates könne die SP aber klar unterstützen. Dank dem vorliegenden Postulat sei es nun möglich, die Rahmenbedingungen in aller Ruhe und im Detail abzuklären. Andrea Kennel spricht sich deshalb für eine Überweisung des Postulates aus.

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort:

Dieses Thema sei vor zwei Monaten schon einmal im Rat diskutiert worden. Lothar Ziörjen habe zwar soeben auf die technischen Schwierigkeiten hingewiesen, dennoch käme laut Wyss ein Anreizsystem in Frage. Alles, was in Gesetzen stehe, sei Teil eines politischen Prozesses. Kein Gesetzestext sei in Stein gemeisselt, betont Wyss. Er persönlich finde das Postulat unterstützungswürdig und beantrage deshalb die Überweisung an den Stadtrat.

Abstimmung:

Mit 27 Ja zu 6 Nein wird das Postulat überwiesen.

20.15 Uhr: 5 Minuten Pause

**9. Fragestunde**

Es sind 15 Fragen eingereicht worden.

Kurt Berliat (CVP) betreffend Standort- und Wirtschaftsförderung

Der Verein *glow.das Glattal* (acht Gemeinden, darunter Dübendorf) hat seit einigen Jahren einen Wirtschaftsförderer angestellt, der die Interessen der Glattal-Gemeinden auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet vertreten soll. Ziel ist es, den Wohn-Arbeits- und Geschäftsstandort Glattal zu fördern. *glow.das Glattal* hat unter anderem unbestritten grossen Anteil an der Planungsarbeit von Verkehrslösungen für die Zukunft der Region (z.B. Glattalbahn). Für viele bleibt aber die Arbeit und vor allem die Effizienz des Standortförderers unklar. Für Dübendorf stellt sich vor allem die Frage, was der Standortförderer, an dessen Tätigkeit wir jedes Jahr einen fünfstelligen Beitrag leisten, unserer Stadt bringt!?

Fragen:

1. Erreicht der Wirtschaftsförderer seine Ziele für *glow.das Glattal*? Was kann er noch ausweisen, ausser der so genannten Tischmesse (Regionale Gewerbesmesse) an der sich das offizielle Dübendorf nicht und auch einzelne Dübendorfer Firmen kaum beteiligen?
2. Was hat der Standortförderer bis heute für Dübendorf erreicht? Gibt es industrielle und gewerbliche Unternehmen, die auf seine Initiative ihren Standort nach Dübendorf verlegten? Gibt es andere Erfolge für unsere Stadt zu verzeichnen, zum Beispiel im kulturellen oder sportlichen Bereich, die der Standortförderer auf sein Konto buchen kann? Wenn ja, welche?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Die glow-Standortförderung sei im Zusammenhang mit dem Budget schon mehrere Male diskutiert worden. Er sei dankbar für diese Frage. Es sei schwierig einen konkreten Leistungsausweis aus der Arbeit des Standortförderers (40% Pensum) abzuleiten, da verschiedene Mitwirkende involviert seien. Ziörjen bestätigt, dass bezüglich der glow-Organisation Unzufriedenheiten bestehen. Die Organisation befinde sich im Neuaufbau. Auch die Stadt Dübendorf wolle messbare Ergebnisse. Aufgaben würden neu definiert. Erste Vorschläge erwarte der Stadtrat an der Delegiertenversammlung von Ende Jahr.

Zur Frage 2:

Dem Stadtrat sind keine konkreten Massnahmen oder Aktivitäten bekannt.

Stephan Schneider (CVP) betreffend Jugendarbeitslosigkeit

Es ist aus den Medien zu entnehmen, dass die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor ein ernst zu nehmendes Problem darstellt.

Fragen:

1. Wie sieht die aktuelle Situation betreffend Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Dübendorf aus?
2. Welche Jugendliche sind von dieser Arbeitslosigkeit betroffen?
3. Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren verändert?
4. Wie lange bleibt ein Jugendlicher in Dübendorf im Schnitt erwerbslos und wie viele werden von der Sozialhilfe unterstützt?
5. Was unternimmt die Stadt Dübendorf, um die Jugendlichen raschmöglichst in den Arbeitsprozess zu integrieren?

Bildungsvorsteherin Edith Jöhr antwortet:

Die Jugendarbeitslosigkeit sei nach wie vor ein Thema. (Ein Zahlenvergleich: Der Kanton Zürich zählte dieses Jahr 13'100 Schulabgänger, 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr. 7820 haben eine Lehrstelle gefunden, 2920 besuchen ein zehntes Schuljahr oder absolvieren ein Praktikum. 910 Jugendliche (7 Prozent) hatten bis kurz vor Schulende noch nichts finden können.) Jöhr bestätigt, dass sich die Situation in Dübendorf „ein bisschen gebessert“ habe. Gemäss offiziellen Angaben seien in Dübendorf derzeit sechs Schulabgänger auf der Suche nach einer Lehrstelle. Jugendliche ohne Lehrstelle würden Unterstützung durch die Jugendbeauftragte und durch freiwillige Mentorinnen und Mentoren des Projekts Vitamin-M erhalten. Meistens handle es sich dabei um schwer vermittelbare Jugendliche, dies vor allem aufgrund des Familiennamens oder fehlender Schulbildung. Es gebe aber auch Schulabgänger, die nirgendwo erfasst seien, weil sie zu Hause „herumhängen“ und durch die Eltern unterstützt würden. Dübendorf unternehme viel, um seine Jugendlichen in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Stephan Schneider (CVP) betreffend Verkehrsaufkommen Giessen / Überlandstrasse / Ringstrasse – Verkehrsaufkommen durchs Zentrum und durchs Gebiet Überlandstrasse / Wangenstrasse

---

Im Zusammenhang mit der Überbauung Giessen (Wohnbauten, Amag Garage, eventuell Hochhaus usw.) ist mit einem noch stärkeren Verkehrsaufkommen zu rechnen. Bereits heute kollabiert der Verkehr täglich an diesem Verkehrsknoten. Mit

der Aktivierung der Glattalbahn kommt ein weiterer Verkehrsträger in diese Gegend, welcher massgeblich den Verkehrsfluss beeinflussen wird. Weiter ist zu verzeichnen, dass unser Verkehr durch das Stadtzentrum und rund um den Bahnhof Nord mit Durchgangsverkehr sich ebenfalls an einer Belastungsgrenze nähert.

Fragen:

1. Wie wird dieser Mehrverkehr im Gebiet Giessen abgefangen respektive welche Massnahmen sind geplant, damit wir nicht ein „Dietlikon 2“ erhalten, respektive dass nicht ein totales Verkehrschaos entstehen wird?
2. Welche Massnahmen sind geplant, um den Durchgangsverkehr im Gebiet Wangenstrasse / Überlandstrasse zu reduzieren?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Das Gebiet Giessen sei nicht mit Dietlikon vergleichbar, da am letzteren Ort das Verkehrsaufkommen vor allem durch die Einkaufszentren generiert werde. Zudem habe Dietlikon Probleme mit dem Verkehrsträger (Bus). Dübendorf werde mit der Glattalbahn eine gute Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr erhalten. Durch die Überbauung des Gebiets dürfte die Giessen-Kreuzung nicht wesentlich mit zusätzlichem Verkehr belastet werden.

Zur Frage 2:

Das Problem des Durchgangsverkehrs müsse regional, in Zusammenarbeit mit anderen Instanzen, gelöst werden. Die Stadt sei laufend daran, neue Lösungen zu suchen. Verhindert werden könne der Durchgangsverkehr aber nicht.

#### Fredi Wunderli (SVP) betreffend Abrechnung Sanierung und Erweiterung Eishalle

Am 2. Oktober 2006 habe ich die Frage nach der noch offenen Abrechnung gestellt. Damals wurde vom stellvertretenden Stadtrat André Ingold die Behandlung im November 2006 in Aussicht gestellt. Bis heute ist aber diesbezüglich nichts gelaufen. Vom Zürcher Kantonalverband für Sport wurde nach eingegangener Abrechnung eine Subvention von zirka 300'000 bis 340'000 Franken zugesichert.

Fragen:

1. Ist es möglich, dass zugesicherte Subventionen verfallen, wenn Abrechnungen nicht nach einer gewissen Frist nach Baubeendigung eingereicht werden?
2. Ist dem Stadtrat diesbezüglich eine Frist bekannt?
3. Wer ist in der Stadt für die Kontrolle von Abrechnungen der bewilligten Kredite durch Volk, Gemeinderat und Stadtrat zuständig? Ist dies die Verwaltung (Stadtschreiber), Stadtrat, Finanzverwaltung oder die GRPK?
4. Wann kann die Abrechnung Eishalle definitiv erwartet werden?

5. Was ist der Grund, warum die Rechnung noch nicht behandelt wurde?

Finanzvorstand Martin Bäumle antwortet:

Zur Frage 5:

Der Grund sei der, dass die zuständigen Personen, die diesen Auftrag hätten erfüllen sollen, nicht mehr verfügbar seien. Das gesamte Dossier liege nun beim Liegenschaftsverwalter der Stadt Dübendorf. Die GRPK sei immer wieder über den Stand der Bauabrechnung informiert worden. *(Die politische Verantwortung trägt nun Martin Bäumle.)*

Zur Frage 1:

Die zugesicherte Subvention betrage 340'000 Franken. Die Baukommission habe von einer Frist keine Kenntnis gehabt. Dafür zuständig sei die Gespad gewesen.

Zur Frage 2:

Die kürzlich bekannt gewordene Frist habe verlängert werden können.

Zur Frage 3:

Bäumle bestätigt „gewisse Mängel“ beim Controlling. Momentan werde verwaltungsintern ein neues Controlling-System aufgebaut. Zuständig seien bei solchen Geschäften der Stadtschreiber und der Finanzverwalter.

Zur Frage 4:

Bäumle rechnet damit, dass die Abnahme durch den Gesamtstadtrat noch im September erfolgen werde. Die GRPK werde dann die Rechnung in den Monaten Oktober und November prüfen können.

Fredi Wunderli ist mit den Antworten Bäumles nicht ganz zufrieden. Wunderli vermutet, dass die Bauabrechnung schon sehr lange in der Verwaltung herumliege. Er kann deshalb nicht verstehen, warum bis heute noch nie jemand darüber informiert habe.

#### Rudolf Herter (FDP) betreffend Volksschulgesetz

Im Zusammenhang mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen ist die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes punktuell angesprochen worden. Die Antworten des Stadtrates geben kein umfassendes Bild.

Frage:

1. Wann darf der Gemeinderat eine umfassende Orientierung über den Stand und die weiteren Schritte bei der Umsetzung des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 erwarten?



Bildungsvorsteherin Edith Jöhr antwortet:

Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes sei ein „riesiges Paket“. Die Eltern würden laufend darüber informiert. Jöhr zeigt sich bereit, bei nächster Gelegenheit auch den Gemeinderat zu informieren.

Stefanie Huber (GEU) betreffend Informationen zur Kinderbetreuung im Internet

Bereits bei der Diskussion um das Postulat von Jürg Gasser zur Kinderbetreuung wurde die Nichtexistenz von Informationen zur Kinderbetreuung auf der Dübendorfer Homepage erwähnt. Suche ich eine Zusammenstellung der Dübendorfer Kinderbetreuungsangebote, dann muss ich eine Kantonshomepage finden, die das liefert. Wenn ich mir vorstelle, dass ich als junge Mutter umziehen will und mich vorgängig über die Betreuungsmöglichkeiten für meine Kinder informiere, fände ich es toll, wenn sich auf der Homepage von Dübendorf zusammengefasste Informationen dazu finden würden. Oder, dass ich in einer Suchmaschine Kinderbetreuung in Dübendorf eingeben kann und ich sofort eine Zusammenstellung der Dübendorfer Angebote finde. Wenn ich im Moment so suche, kommen nur SP-Vorstösse zum Thema, die wohl eher darauf schliessen lassen, dass es mit den Betreuungsangeboten nicht zum besten steht. Ich denke, da könnte man für das Standortmarketing etwas mehr tun.

Frage:

1. Hat der Stadtrat vor, an dieser Situation etwas zu ändern?

Stadtschreiber Rolf Butz antwortet:

Das Anliegen sei berechtigt. Der Stadtrat sei momentan daran, den gesamten Web-Auftritt zu verbessern.

Eliane Lutz (EVP) betreffend Busverbindung Dübendorf - Hegnau

Frage:

Ist längerfristig eine neue Busverbindung vom Bahnhof Dübendorf nach Hegnau in Planung? Kann dadurch gleichzeitig eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs fürs Gfenn erhofft werden?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Das Thema Gfenn sei an der Buskommissionssitzung vom 23. November 2006 ein Thema gewesen. Man habe den ZVV aufgefordert, eine Verlängerung – bis eventuell an den Bahnhof Schwerzenbach – zu prüfen. Neuerung ab 2009: Der Bus werde durchgehend immer bis ins Gfenn verkehren.

Eliane Lutz (EVP) betreffend Halt S-15 in Dübendorf

Frage:

Ist der Stadtrat gewillt, nochmals bei den SBB vorstellig zu werden, um einen Halt der S15 in Dübendorf zu erwirken?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Das entsprechende Begehren sei angemeldet worden. Eine nochmalige Prüfung ist spätestens im Fahrplanverfahren 2010 / 2011 vorgesehen.

Eliane Lutz (EVP) betreffend Wägeli bei der Abfallsammelstelle

Frage:

Die bereit gestellten Wägeli bei der Abfallsammelstelle sind viel zu klein. Sind im Rahmen der Umgestaltung der Abfallsammelstelle grössere Wagen mit Seitenwänden vorgesehen?

In Vertretung des Tiefbauvorstandes Rolf Güttinger antwortet Hans Zeier:

Das Problem sei erkannt, neue Wägeli würden demnächst angeschafft.

Jürg Zimmermann (FDP) betreffend Lärmschutzdamm Hofacher, Gfenn

Beim Lärmschutzdamm im Hofacher zeigte sich schon kurz nach der Erstellung, dass die Konstruktion nicht genügend stabil war. Nachdem Teile des Dammes eingebrochen waren, musste der ganze Damm saniert werden. Einerseits wurde gegen die Bahn eine flachere Böschung gemacht und andererseits wurde die Höhe reduziert. Als Anwohner muss ich feststellen, dass diese Veränderungen zu einem schlechteren Schallschutz geführt haben. Dem Differenzenkatalog zur Rechnung 2006 kann entnommen werden, dass zu diesem Thema eine Expertise in Auftrag gegeben wurde.

Fragen:

1. Was geschieht weiter mit dem Damm? Wird der wieder auf die ursprüngliche Höhe erhöht oder bleibt er wie er heute ist?
2. In welchem Rahmen muss sich die Stadt an den Kosten für die Sanierung beteiligen?
3. Die folgende Frage stellt sich, falls für die Stadt Kosten anfallen: Wären die Kosten bei einer besseren Projektüberwachung vermeidbar gewesen? Sind für die Zukunft Verbesserungen der Projektorganisation vorgesehen?
4. Die folgende Frage stellt sich, falls der Damm nicht mehr auf das ursprüngliche Niveau erhöht wird: Wird die Stadt für den Minderwert entschädigt?

In Vertretung des Tiefbauvorstandes Rolf Güttinger antwortet Martin Bäumle:

Zur Frage 1:

Der Schallschutz für die bestehenden Bauten sei immer noch gegeben, deshalb bleibe der Damm erhalten.

Zur Frage 2:

Die Stadt werde diese Kosten voraussichtlich vollumfänglich tragen müssen.

Zur Frage 3:

In diesem Fall sei es schwierig, Verantwortliche auszumachen.

Zur Frage 4:

Nein.

#### Andrea Kuhn (CVP) betreffend Geschäftsführung bei der GESPAD

Seit der Übergabe der Geschäftsführung an die Firma Gossweiler Consult ist nun mehr als ein halbes Jahr vergangen. Mitte 2008 ist der Auftrag beendet.

Fragen:

1. Gibt es erste Zwischenberichte / Erkenntnisse?
2. Wurden erste Massnahmen bezüglich zukünftiger Trägerschaft initiiert?
3. Wie weit ist die Sanierung fortgeschritten?
4. Bestehen Pläne in Bezug auf eine ganzheitliche Bewirtschaftung aller Sportanlagen in Dübendorf – eventuell auch analog der Sportanlagen AG in Wallisellen? Ist das Hallenbad Stägenbuck auch in diese Überlegungen einbezogen?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Ein Zwischenbericht sei noch nicht erstellt worden. Der Stadtrat rechne damit, dass dieser bis Ende Jahr vorliege. Für alle Sportanlagen in Dübendorf soll es inskünftig eine einheitliche Rechts- und Betriebsform geben.

#### Gaby Gossweiler (FDP) betreffend Hochwasseralarmierungskonzept

In den letzten Jahren treten gehäuft Hochwassersituationen auf, von denen jeweils auch Dübendorf und seine Aussenwachten betroffen sind. Nach der Regennacht vom 10. August 2007 ergeben sich bezüglich Hochwasserschutz in Dübendorf in der Bevölkerung Fragen zum Alarmierungs- und Schutzkonzept.

Fragen:

1. Liegt bei der Stadt Dübendorf ein Hochwasseralarmierungskonzept vor? Aus welchem Jahr stammt dieses und welche Sicherheits- und Schutzeinheiten sind an diesem beteiligt? Wird dieses nach der Hochwassernacht vom 10. August 2007 angepasst?
2. Durch wen und wie wurde die Gelegenheit wahrgenommen, Schwachstellen im Bereich von Gewässern anhand der grossen Wassermengen zu eruieren um daraus für exponierte Stellen Massnahmen zum besseren Schutz der Bevölkerung zu planen?
3. Wurde am 10. August 2007 von der Frühwarnung in den elektronischen Medien Kenntnis genommen und zu welchem Zeitpunkt wurde durch wen entsprechend alarmiert?
4. Welche Kontroll- und Schutzmassnahmen wurden zu welchem Zeitpunkt unter wessen Führung eingeleitet? Wurden die Aussenwachen in diese Schutz- und Kontrollmassnahmen einbezogen?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die angesprochene Hochwassersituation habe sich nicht am 10. August, sondern in der Nacht vom 8. auf den 9. August ereignet. Die Stadt verfüge über ein derartiges Konzept, das folgende Instanzen einschliesse: Feuerwehr, Stadtpolizei, Tiefbauamt, Förster, Verwaltung. Nach der besagten Nacht seien gewisse Mängel am Konzept festgestellt worden. Zu Problemen hätten der Wisbach (zwischen Dübendorf und Fällanden) und der Schlossbach geführt.

Zur Frage 3:

Die Alarmierung sei durch das Tiefbauamt ausgelöst worden. Frühwarnsysteme würden ernst genommen.

Zur Frage 4:

21.25 Uhr: Feuerwehr erstmals im Einsatz

24.00 Uhr: Tiefbauamt und Feuerwehr diskutierten über Sperrung der Glattbrücke und erwägten ferner die Einberufung des Krisenstabes.

09.08.2007: Die Einsatzzentrale der Feuerwehr blieb den ganzen Tag besetzt.

Abschliessend hält Andre Ingold fest, dass in den Aussenwachen Verbesserungen angebracht werden.

Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Rechtsextreme Netzwerke in Dübendorf

Wie der Presse zu entnehmen ist, häufen sich die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen in Dübendorf. So war Dübendorf vor einigen Tagen Ausgangsort für zirka

50 Rechtsextreme, die an ein Konzert nach Volketswil weiterreisten. Die bekannte rechtsextreme Gruppierung „Heimatbewegung“ besitzt in Dübendorf ein Postfach.

Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnisse / Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten im Raum Dübendorf?
2. Was unternimmt der Stadtrat gegen die offensichtlich zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zur Frage 1:

Bis auf den erwähnten Samstag habe der Stadtrat keine Kenntnisse von rechtsextremen Aktivitäten gehabt. (Am besagten Samstag ist André Ingold um 10.30 Uhr von der Polizei über die aktuelle Situation informiert worden und war bis am Abend auf Pikettdienst.) Es sei im Übrigen nicht gesetzeswidrig, ein Postfach zu betreiben.

Zur Frage 2:

Im Falle von rechtsextremen Aktivitäten – wie in jenem vom erwähnten Samstag – suche der Stadtrat das Gespräch mit der Stadt- und Kantonspolizei. Ohne Absprache mit den Polizeiorganen ergreife der Stadtrat keine Massnahmen.

#### Pia Etter (SP) betreffend Tempo 30 im Quartier nördlich des Bahnhofs

Ich wohne in einem Quartier, in dem es sehr schmale Strassen ohne Trottoir gibt. Ich werde immer wieder von Nachbarn gefragt, wieso da nicht Tempo 30 eingeführt wird, denn es ist schlichtweg illusorisch zu glauben, dass die meisten Autofahrer ihr Tempo den gegebenen Verhältnissen anpassen. Auch wurde ich selber schon auf einer solchen Strasse angefahren.

Fragen:

1. Was können die Anwohner tun, damit die Stadt auf solchen Strassen Tempo 30 ins Auge fasst?
2. Bringt eine Unterschriftensammlung etwas?

*Wegen Ferienabwesenheit des zuständigen Tiefbauvorstandes wird diese Frage schriftlich beantwortet.*

Andrea Kennel (SP) betreffend Ingenieurfehler

Sowohl beim Schutzwall im Gfenn als auch bei der Curlinghalle war die Stadt mit Problemen konfrontiert. In beiden Fällen wurde die Statik nicht korrekt berechnet. Beim Schutzwall haben wir nun einen kleineren Wal als geplant, bei der Curlinghalle nicht die alte Halle, sondern eine neue Leichtmetallhalle. Fehler kommen vor und aus Fehlern sollte man lernen. Daher sollte eigentlich derselbe Fehler kein zweites Mal vorkommen. Jedenfalls nicht, wenn die Qualitätssicherung stimmt.

Fragen:

1. Was gedenkt der Stadtrat in Richtung Qualitätssicherung zu tun, dass in Zukunft die Statik jeweils korrekt berechnet wird und dann auch hält?
2. Berücksichtigt die Stadt Lieferanten, die schon einmal mangelhafte Leistungen erbracht haben oder werden diese ausgeschlossen?

Finanzvorstand Martin Bäumle antwortet:

Zur Frage 1:

Zum Schutzwall nimmt Martin Bäumle keine Stellung mehr, da dieses Thema schon vorgängig besprochen wurde. Curlinghalle: Es treffe zu, dass die Abklärungen zur Statik nicht gut gemacht worden seien. Der Auftragnehmer habe dazumal seinen Auftrag nicht erfüllt. Leider sei dies aber nicht aktenkundig. Schlussendlich habe sich das Blatt bei der Curlinghalle – auch dank Submission – mit dem Neubau aber zum Besseren gewendet. Der Stadtrat beauftrage für die Qualitätssicherung Dritte, deren Qualifikationen ausgewiesen seien – dies müsse genügen, da sonst die Kosten unverhältnismässig anstiegen.

Zur Frage 2:

In dieser Angelegenheit bestehe ein „Graubereich“. Bei klar schuldhaftem Verhalten werde ein Auftragnehmer kaum mehr berücksichtigt. Ohne klar schuldhaftes Verhalten liege es im Ermessen des Auftraggebers, im Rahmen des Submissionsrechts zu handeln. Bäumle stellt klar: Gemäss Wissen der Baukommission liege kein schuldhaftes Verhalten vor. Zudem habe die Baukommission ihre Sorgfaltspflicht stets erfüllt.

Zusatzbemerkung von Andrea Kennel: „Ich interpretiere die Antwort von Herrn Bäumle auf meine erste Frage bezüglich künftige Massnahmen zur Qualitätssicherung als: *nichts Weiteres*“.

Gaby Gossweiler (FDP) stellt eine Anschlussfrage: „Wer übernimmt die Verantwortung für die beim Schutzwall entstandenen Kosten?“

Martin Bäumle: Diese Frage soll durch den Tiefbauvorstand schriftlich beantwortet werden.

**Einwände gegen die Geschäftsführung**

Anton Keller (SVP) bedauert, dass die heutige Sitzung mit dreiminütiger Verspätung eröffnet worden sei. Es gehöre zur guten Tradition, dass die Sitzungen des Gemeinderates jeweils pünktlich begonnen würden. Er appelliert an die Ratspräsidentin, bei den kommenden Sitzungen wieder auf mehr Pünktlichkeit zu achten.

Keine weiteren Einwändungen.

-----

Schluss der Sitzung: 21.23 Uhr

-----

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Toni Spitale

Geprüft und genehmigt:

Dübendorf, 5. September 2007

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Die Präsidentin:

Valeria Rampone

Die Stimmenzähler:

Patrick Angele

Patric Crivelli

Jürg Zimmermann